

Berlin, den 7. Dezember 2005

Liebe Genossinnen und Genossen,

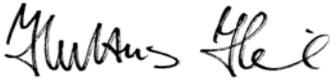
die Präsidentschaft der Europäischen Union hat mit einem Schreiben an die US-amerikanische Regierung um Stellungnahme über die berichteten Vorgänge im Zusammenhang mit CIA-Flügen und Entführungen von Personen gebeten. Die Bundesregierung hat angekündigt, weiterhin den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit zu informieren. Mir ist wichtig, dass ihr die Position unseres Parteivorsitzenden Matthias Platzeck kennt, die ich voll teile:

1. Die universellen Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den einschlägigen völkerrechtlichen Verträgen und den meisten nationalen Verfassungen enthalten sind, sind bindend. Sie sind normative Grundlage politischen Handelns und rechtsverbindlich für alle Staaten und Regierungen. Das Folterverbot ist zwingendes Völkerrecht und gilt damit universell. Eine Aufweichung dieser Rechtsnorm darf es nicht geben. Dies ist uneingeschränkte Position der SPD.
2. Außenministerin Condoleezza Rice hat bei ihrer gestrigen Pressekonferenz in Berlin im Namen der amerikanischen Regierung erneut bekräftigt: „Die Vereinigten Staaten dulden keine Folter“ und sie führte weiter aus, dass die USA „gemäß ihren Gesetzen und ihren internationalen Verpflichtungen handeln“. Die SPD begrüßt diese Erklärung der amerikanischen Außenministerin.
3. Die Position, die Deutschland in der Frage des Irak-Kriegs und bei der Hilfe beim Aufbau des Iraks eingenommen hat, gilt weiter. Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgefordert, Aufbauhilfe für den Irak zu leisten und alles zu tun, um eine Stabilisierung der Region zu erreichen. Hierbei wird die Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und mit ihren Partnern und Freunden weiterhin einen substantiellen Beitrag leisten.

4. Der internationale Terrorismus ist für die Weltgemeinschaft weiterhin eine große Bedrohung. Nicht nur die Anschläge des 11. September 2001 und von Madrid und London zeigen, wie massiv die Bedrohung für die Völker und Staaten ist. Die SPD legt bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde, der an den Ursachen des Terrorismus ansetzt und neben wirtschaftlichen, politischen, entwicklungspolitischen, diplomatischen und polizeilichen Maßnahmen auch die Arbeit von Nachrichtendiensten beinhaltet.

Für die SPD gilt, dass es bei der notwendigen und entschiedenen Bekämpfung des internationalen Terrorismus keine Abstriche bei universellen Menschenrechten und beim Völkerrecht geben darf. Dies steht im Einklang mit dem Wertekanon, den wir uns als bindende Selbstverpflichtung in Europa und in der internationalen Staatengemeinschaft als Grundlage des menschlichen Miteinanders gegeben haben.

Euer



Hubertus Heil